

EXTRA 2003

LAGSB durchblick

GEGEN DEN KAHLSCHLAG IN SOZIALEN BRENNPUNKTEN

KAHLSCHLAG TRIFFT BRENNPUNKTE LAG-GESCHÄFTSSTELLE VOR DEM AUS

Die „Gift“-Liste des Sozialministeriums mit 30 Mio Euro Kürzungen betrifft die gesamte soziale Infrastruktur in Hessen. In den Sozialen Brennpunkten wirkt sie wie ein Kahlschlag. Betroffen ist insbesondere die Arbeit mit Menschen in benachteiligten Wohnquartieren und damit das Wirken der LAG für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Sozialen Brennpunkten.

Alle Fördertöpfe des Sozialministeriums - von der Spiel- und Lernstubenarbeit bis zu den „Soziale Stadt“-Projekten, von der Lokalen Beschäftigung bis zur Gemeinwesenarbeit, von der Frauenbildung bis zur Kinder- und Jugendarbeit - sind im Landeshaushalt für das Jahr 2004 nicht mehr zu finden, wenn der Hessische Landtag die „Gift“-Liste der Landesregierung bestätigen sollte.

Konkret wird 2004 in den Siedlungen die Arbeit bis zur Hälfte und mehr reduziert. Viele Angebote müssen komplett eingestellt werden. Die Zukunftschancen und -perspektiven werden sich für viele BewohnerInnen in den Siedlungen und Stadtteilen verschlechtern. In der LAG-Geschäftsstelle musste allen MitarbeiterInnen gekündigt werden, weil hier die Landesförderung fast 100% ausmacht. Die landesweite Unterstützung der benachteiligten Wohngebiete und die Lobbyarbeit gegenüber Landes- und Kommunalpolitik wird hierdurch entscheidend geschwächt.

DEMONSTRATION AM 15.10. IN WIESBADEN LAG-AKTIONSTAG AM 8.11. IN LOLLAR

Die Streichungen bei den Armen und Benachteiligten in der Gesellschaft dürfen nicht stillschweigend hingenommen werden. Deshalb sind verschiedene Aktionen zur Gegenwehr auf Landesebene geplant.

Dazu gehört die zentrale Demonstration am 15.10.2003 in Wiesbaden. Damit Roland Koch und seine Landesregierung merken, dass sich die hessische Bevölkerung nicht alles gefallen lässt, müssen viele Menschen an diesem Tag nach Wiesbaden kommen. Darum: NachbarInnen, Verwandte, Bekannte, KollegInnen - also alle - müssen zur Fahrt in die Landeshauptstadt mobilisiert und aktiviert werden. Der Demonstrationsaufruf ist zum Kopieren und Verteilen beigelegt. Genauere Informationen gibt es in der LAG-Geschäftsstelle oder unter www.hessen-kahlschlag.de.

Nicht weniger wichtig für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten und für die Soziale Stadt ist der LAG-Aktionstag am Samstag, den 08.11.2003 in Lollar (bei Gießen). Der ursprünglich für die Mitgliederversammlung vorgesehene Termin wird für ein BürgerInnenforum genutzt. Hier soll für die Initiativen und Projekte in den hessischen benachteiligten Stadtteilen die Möglichkeit bestehen, ihre Arbeit den eingeladenen PolitikerInnen zu präsentieren und über die Zukunftsperspektiven zu diskutieren. Auch die Hessische Sozialministerin Frau Lautenschläger ist angefragt.

Kurzmeldungen

Regionale Aktionen gegen den Kahlschlag

In den meisten hessischen Kommunen regt sich Widerstand gegen Kürzungspläne der Landesregierung. Zur Abstimmung der lokalen und landesweiten Aktionen finden „Regionale Ratschläge“ statt. Ansprechpartner und Zeitpunkte können - soweit bekannt - in der LAG Geschäftsstelle abgefragt sowie auf der neuen Internet-Seite www.hessen-kahlschlag.de eingesehen werden. Zahlreiche Aktivitäten sind bereits geplant und werden zum Teil auch schon umgesetzt. Zum Beispiel: Gespräche mit Landtagsabgeordneten, spontane Demonstrationen, lokale Presseartikelserien, Berichte im Hessenfernsehen, Organisation von Bussen für Demo, öffentliche Briefe an Ministerpräsident Koch, Sozialministerin Lautenschläger und den Landtag, Leserbriefaktionen etc. Neben den kommunalen Bündnissen organisieren sich auch Fachbündnisse von den Frauen über Arbeit bis hin zur Gemeinwesenarbeit.

Folgen für Lokale Beschäftigung

Für die Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiativen in Hessen steht nach den Anstrengungen, die ersten Hartz-Reformen zu verkraften, durch den Kahlschlag eine Entlassungswelle ins Haus. Hauptbetroffene sind in diesem Bereich Träger Lokaler Beschäftigungsinitiativen. Die Streichung der Landesförderung beeinträchtigt bspw. die Arbeit von Integral/Marburg, GOAB/Offenbach oder ZAUG/Gießen. Existentiell gefährdet sind kleinere Träger wie die Initiative Jugendberufshilfe/Gießen, die seit Jahren für benachteiligte Jugendliche aus den Giessener Brennpunkten arbeitet. Neben diesen Projekten sind wie überall die Frauen Ziel der Streichattaktionen. Getreu der Parole „Frauen an den Herd“ werden die Zuschüsse für Frauenbildungsprojekte komplett gekürzt. Dies bedeutet für zahlreiche kleine Initiativen mit hohem Anteil an ehrenamtlichem Engagement die Einstellung der Angebote. Auch die Orientierungskurse zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen sind auf Null gekürzt. Das bedeutet eine skandalöse Zerstörung von insgesamt 90 Angeboten für erwerbslose Frauen in ganz Hessen.

Broschüre „Argumente gegen Vorurteile“

Das Bündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ hat eine kleine Broschüre „10 Vorurteile gegen über Sozialhilfeberechtigten und Arbeitslosen - mehr als 10 Argumente dagegen“ herausgegeben. Diese Broschüre ist angesichts der öffentlichen Debatten hochaktuell und kann kostenlos bezogen werden bei: Bündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“, c/o Diakonisches Werk, Edda Haack, Ederstr. 12, 60486 Frankfurt, Tel. 069/7947255 oder per E-mail: edda.haack@dwhn.de

Impressum:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Moselstraße 25, 60329 Frankfurt/M
Verantwortlich für den Inhalt: Reinhard Thies
Mitarbeit: Martina Köberich, Christoph Kummer
Jürgen Maier, Edwin Herrmann, Thomas Müller, Thomas Witzel, Jochen Partsch, Julia Wilke

Auswirkungen auf die Arbeit in Sozialen Brennpunkten Sozialministerin lässt Randgruppen und Armutsquartiere im Stich

Die Streichvorhaben der Hessischen Sozialministerin führen bei den Projekten, die mit Menschen am Rande der Gesellschaft arbeiten, zu einem Kahlschlag. Die soziale Infrastruktur in ohnehin schon ausgegrenzten Wohngebieten und für Menschen in Notlagen wird massiv abgebaut bzw. gänzlich vernichtet. Von einem „auf sorgfältigem Abwägen und sachorientierten Kriterien basierenden, intelligenten Sparkonzept“, wie dies die Ministerin bezeichnet hat, kann nicht die Rede sein. Der LAG als Landesberatungs- und Transferstelle droht das komplette Aus. Die 15 Voll- und Teilzeit-MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle stehen vor der Arbeitslosigkeit.

120 Projekte in den Bereichen Gemeinwesenarbeit, Randgruppen-/Obdachlosenhilfe, Lokale Beschäftigungsinitiativen, offene Erziehungs-, Jugend- und Familienhilfe sowie flankierende soziale Maßnahmen zur Sozialen Stadt und 36 Schuldnerberatungsstellen werden vom Land nicht mehr finanziert. Fast 6 Mio Euro stehen der Vor-Ort-Infrastruktur nicht mehr zur Verfügung. Welches Ausmaß dies im Einzelnen hat, läßt sich noch nicht genau überblicken. Feststeht, dass zahlreiche Projekte vollständig eingestellt werden müssen bzw. in ihrer Arbeit massiv eingeschränkt werden. Die Kommunen und örtlichen Träger jedenfalls werden nicht in der Lage sein, die entstehenden Kürzungen aufzufangen.

Die hart erarbeiteten und erkämpften Erfolge der letzten 30 Jahre von BewohnerInnen und professioneller Gemeinwesen- und Sozialarbeit in den hessischen Brennpunkten stehen auf dem Spiel. Sämtliche fachliche Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte werden von dieser Landesregierung ignoriert. Mittlerweile ist es Allgemein-

wissen, dass eine präventive Arbeit, die den Menschen in den Brennpunkten mehr Lebenschancen und Lebensqualität ermöglicht, nicht nur sozialer, sondern auch wirtschaftlicher ist. Stattdessen werden durch die Streichung der ohnehin schon geringfügigen Mittel für die Menschen in den benachteiligten Wohnquartieren, die Kosten für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Polizei, Justiz oder Sonderschulen überdimensional ansteigen.

Hessen will sich als „Familienland“ und „Bildungsland“ positiv darstellen; es will das BürgerInnenengagement fördern und für die Sicherheit seiner BürgerInnen garantieren. Fakt ist, dass die Landesregierung diesem Anspruch nicht gerecht wird, denn sie lässt ganz besonders die Familien und Kinder am Rande der Gesellschaft im Stich.

Nach heutigem Stand wird es in Zukunft keine Landesberatung und Lobbyarbeit für benachteiligte Wohngebiete durch die Geschäftsstelle der LAG mehr geben. Der Vorstand der LAG musste den 15 MitarbeiterInnen der Frankfurter Geschäftsstelle kündigen, da die Landeskürzungen 80 % des gesamten Haushaltes betreffen. Die Mittel für das Rockmobil und das Jugendbildungswerk stehen für 2004 zwar in Aussicht, sind aber nicht rechtsverbindlich gesichert. Daher wurden alle MitarbeiterInnen, die Räumlichkeiten sowie anderweitige Verpflichtungen fristgemäß bis zum 31.12.2003 bzw. 31.03.2004 gekündigt.

Übersicht der von Kürzungen 2004 betroffenen Träger

Kapital 2003: 1.480.260 | nach Stadt: 1.480.260 | nach Stadt: 1.480.260 | nach Stadt: 1.480.260

Zweckbestimmung: Betreuung von Obdachlosen, Hochschulstudenten und sonstigen Randgruppen

Träger (mit Ort/Region)	Rechtsform (mit Ort/Region)	Einrichtung 2003	Einrichtung 2004	veranschlagt 2004
		€	€	€
1 Caritasverband Darmstadt e.V.	Gemeinwesenarbeit im Stadtteil Brennpunkt Kirchhain/Darmstadt	10.000	0	0
2 Diakonisches Werk Hessisches Diakonisches Werk Darmstadt	Sozialarbeit im Bereich Brennpunkt Anhalt	45.100	0	0
3 AWO Kreisverband Frankfurt a.M. e.V.	Frankfurt/Obdachlosengruppen u. berufshilfliche Betreuung berufshilflicher Jugendlicher u. jugendberufshilflicher Jugendlicher in Frankfurt	38.000	0	0
4 AWO Kreisverband Frankfurt a.M. e.V.	Frankfurt/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	101.200	0	0
5 AWO Kreisverband Frankfurt a.M. e.V.	Frankfurt/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	15.900	0	0
6 Ev. Verein L. Lorenz Marburg	Marburg/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	19.900	0	0
7 Caritasverband Frankfurt e.V.	Frankfurt/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	12.000	0	0
8 LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Frankfurt	Frankfurt/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	289.400	0	0
9 Frankfurter Caritasverband von 1888 e.V.	Frankfurt/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	2.700	0	0
10 Ev. Diakonisches Werk Hessen e.V.	Frankfurt/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	27.400	0	0
11 Caritasverband Wiesbaden e.V.	Wiesbaden/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	19.700	0	0
12 Caritasverband Wiesbaden e.V.	Wiesbaden/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	22.000	0	0
13 Soziale Hilfe e.V.	Wiesbaden/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	7.000	0	0
14 AG Soziale Brennpunkte e.V.	Wiesbaden/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	23.900	0	0
15 AG Soziale Brennpunkte e.V.	Wiesbaden/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	60.900	0	0
16 Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit	Wiesbaden/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	4.900	0	0
17 Diakonische Werkstelle in Fulda e.V., Hohlheim	Fulda/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	6.200	0	0
18 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Bad Schwanau	Bad Schwanau/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	28.100	0	0
19 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Argersheim	Argersheim/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	10.000	0	0
20 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	22.300	0	0
21 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	12.900	0	0
22 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	8.200	0	0
23 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	11.900	0	0
24 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	71.600	0	0
25 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	13.000	0	0
26 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	13.000	0	0
27 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	40.000	0	0
28 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	40.000	0	0
29 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	40.000	0	0
30 AWO Kreisverband Rheingau-Taunus e.V., Gießen	Gießen/Sozialarbeit im Stadtteil Gieseler Park	40.000	0	0

Die „Gift“-Liste in voller Größe im Internet unter www.hessen.de nachzulesen

LAG - Aktiv im Bündnis „Stoppt den hessischen Kahlschlag“ Zahlreiche Aktionen für ein soziales Hessen geplant und umgesetzt

Unmittelbar nach Bekanntwerden der „Horror-Liste“ (Frankfurter Rundschau) hat die LAG zusammen mit dem DGB Hessen alle von den Streichungen betroffenen Projektgruppen und Träger in Hessen zu einem „Ratschlag“ am 19.09.2003 in Frankfurt/Main eingeladen. Dem Aufruf folgten 140 VertreterInnen von lokal und überregional betroffenen Verbänden und Initiativen. Berichte aus den einzelnen Städten und Regionen machten die drohenden Auswirkungen für die soziale Infrastruktur in ihrer gesamten Dramatik deutlich.

Die RednerInnen Fritz (1. Vorsitzender der LAG), Beier (DGB Hessen), Hanesch (FH Darmstadt) und viele weitere VertreterInnen von Jugendberufshilfe- und Beschäftigungsinitiativen, Frauengruppen, Suchthilfeorganisationen, Projekten in sozialen Brennpunkten, MigrantInnenvereinen, freien und kirchlichen Projekten riefen zu anhaltendem gesellschaftlichem Widerstand gegen die Streichungspläne der Landesregierung auf.

Ein gemeinsamer landesweiter Aktionsplan des Aktionsbündnisses „Stoppt hessischen Kahlschlag“ wurde vereinbart, der lokale und hessenweite Aktionen mit der Zielsetzung „Hessen bleibt sozial“ verbindet. Dazu gehören insbesondere die beiden Großveranstaltungen am 15.10. und 18.11. in Wiesbaden.

An der in dieser Form erstmaligen hessenweiten Vernetzung sind neben dem DGB und der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., die LAG Schuldnerberatung und weitere Landesarbeitsgemeinschaften, die großen

Sozialverbände sowie zahlreiche örtliche Projekte beteiligt. Das Aktionsbündnis ist für weitere Organisationen offen. Ziel ist es, die Vernetzung örtlich und landesweit auszubauen, um deutlich zu machen, dass die hessischen BürgerInnen die unsoziale Politik der Landesregierung nicht mitmachen werden.

Mittlerweile fanden auch in zahlreichen hessischen Kommunen „Lokale Ratschläge“ statt, wo auf kommunaler Ebene über das Ausmaß des Schadens berichtet sowie Aktions- und Protestformen abgestimmt wurden (siehe auch Seite 2 und im Internet).

Die hessischen Gemeinwesenarbeits- und Quartiersmanagementprojekte haben sich am 25.09.2004 in Hattersheim im Rahmen des GWA-Forums der LAG zur Lage in den Sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtteilen ausgetauscht. Die Bestandsaufnahme machte nochmals das gesamte Ausmaß der Kürzungen und deren Folgewirkungen deutlich. Deshalb wurde der Vorschlag begrüßt, die LAG-Mitgliederversammlung vom 08.11.2003 in Lollar zu einem BürgerInnenforum umzufunktionieren, damit hier die Hessische Sozialministerin sowie VertreterInnen des Landtages den betroffenen BürgerInnen in den benachteiligten Stadtteilen zu den Kürzungen Rede und Antwort stehen können.

Zur Verbesserung des Informationsflusses hat die LAG schnell reagiert und unter Mithilfe von Holger Klaus (Margaretenhütte Gießen) eine Website eingerichtet. Unter www.hessen-kahlschlag.de können - täglich aktualisiert - die wichtigsten Aktionen, Termine, Hinweise etc. eingesehen werden.

HESSISCHER AKTIONSPLAN

19.09.03, 11.00

25.09.03, 10.00

39./40. Wo.

08.10.03, 10.00

10.10.03, 10.00

15.10.03, 13.00

06.11.03, 10.00

08.11.03, 13.00

18.11.03

1. Hessischer Ratschlag, DGB Hessen in FFM
GWA-Forum in Hattersheim
Lokale Ratschläge

2. Hessischer Ratschlag, DGB Hessen in FFM
Dezentraler lokaler Aktionstag: „Aktion Arbeitssuche“
Zentrale Protestaktion/Demonstration in Wiesbaden

3. Hessischer Ratschlag, DGB Hessen FFM
LAG-BürgerInnen-Aktionstag in Lollar
Demonstration in Wiesbaden

Details unter:

Aktuelle Infos an:

www.hessen-kahlschlag.de
info@hessen-kahlschlag.de

Aus den LAG-Arbeitsbereichen

Was bedeuten die Kürzungen für die Zukunftschancen von **Jugendlichen in Sozialen Brennpunkten**? Jugendliche aus mehreren hessischen Jugendeinrichtungen werden vom 10.-12. Oktober in Wetzlar zur diesjährigen LAG-Jugendtagung zusammen kommen. Im Zentrum der Tagung wird die Frage stehen, welche Träume, Ziele und Lebensentwürfe haben wir/die Jugendlichen? Und welche Unterstützungsstrukturen brechen jetzt mit dem sozialen Kahlschlag in Hessen weg? Welche Möglichkeiten des Protestes haben die Jugendlichen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen?

Die diesjährige Tagung „Aktuelles zur **Sozialen Sicherung**“ findet vom 14.-16.11. wieder im Burckhardtthaus Gelnhausen statt. Die Tagung wird sich mit dem Abbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten durch den „Hessen-Kahlschlag“ der Landesregierung befassen und Aktionen für den 18. November in Wiesbaden vorbereiten. Auf dem Programm stehen außerdem die Auswirkungen der aktuellen Arbeitsmarkt- und Sozialhilfereformen. Eingeladen dazu sind Initiativen und Projekte - betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie soziale Fachkräfte.

Der hessische Kahlschlag trifft zahlreiche Angebote - insbesondere Schuldnerberatungen - die direkt oder indirekt präventiv an der **Verhinderung von Obdachlosigkeit** mitwirken. Die ohnehin schon schwierige Situation von bestimmten Nachfragergruppen auf dem Wohnungsmarkt wird sich weiter verschärfen. Dass die Kommunen mit der Errichtung von Sonderunterkünften darauf reagieren, ist nicht mehr auszuschließen. Die Fachtagung „Weiterentwicklung der Wohnungssicherungskonzepte“ am 29./30.2003 in Gelnhausen hat sich daher auch mit den aktuellen Entwicklungen befasst.

Frauen aus Sozialen Brennpunkten nutzen die Frauenherbsttagungen zur Strategieentwicklung und kündigten lokalen und landesweiten Protest an. Erschüttert und tief betroffen nahmen die Teilnehmerinnen der beiden Tagungen die massiven Einschnitte durch den sozialpolitischen Kahlschlag der Landesregierung zur Kenntnis. Spontan erweiterten Sie ihre Auseinandersetzungen mit dem Tagungsthema um die Aktivierung des Frauenprotestes zur Erhaltung der sozialen Infrastruktur, insbesondere der Frauenbildung in Hessen. Ergebnisse: Großes persönliches Engagement und die Motivation für den Erhalt von Bildung und sozialen Netzen zu streiten. Produkt: Über 30 Parolen für den Demozug Anmerkung: für die Demonstration am 15.10.03 und dezentrale Aktionen vor Ort, zwölf gemalte Transparente und zwei Protestsongs. Darüber hinaus weitere kreative Protestformen für die kommenden Aktionen. Fazit der Frauen: Nicht mit uns!!!

LAG - Aktionstag am 8.11.03 gegen den hessischen Kahlschlag

- ➔ in Sozialen Brennpunkten
 - ➔ in HEGISS- Standorten
 - ➔ bei der Gemeinwesenarbeit
 - ➔ bei Lokalen Beschäftigungsinitiativen
 - ➔ bei Mädchen- und Frauenarbeit
 - ➔ bei Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
 - ➔ bei Hausaufgabenhilfe, Spiel- und Lernstuben
 - ➔ bei Schuldner- und Erziehungsberatungsstellen
- usw.

Der 30 Millionen-Euro-Kahlschlag im Sozialbereich trifft insbesondere sozialbenachteiligte Stadtteile und Randgruppen.

Allein 6 Mio Euro Landesmittel gehen für die Entwicklung dieser Wohnviertel und die Verbesserung der Lebenschancen ihrer Bewohnerschaft verloren.

Dies können und wollen wir nicht hinnehmen!

Die geplante LAG-Mitgliederversammlung wird deshalb zum

LAG - A K T I O N S T A G als B Ü R G E R / I N N E N F O R U M

im: Bürgerhaus Lollar (bei Gießen), Holzmühlerweg 78

am: Samstag, 08. November 2003 (Aufbau ab 12 Uhr)

ab 13 Uhr: Darstellung der vielfältigen Projektarbeit
aus den Standorten

14-16 Uhr: Fragen an LandespolitikerInnen zur Zukunft nach dem Kahlschlag
mit

Silke Lautenschläger, Hessische Sozialministerin (CDU)(angefragt)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Mitglied des Landtages (SPD)

Kordula Schulz-Asche, Mitglied des Landtages (Grüne)

N.N. (FDP)

►  **Die Operation „Sichere Zukunft“**

Gilt nicht für _____ Name _____

aus : _____ Ort _____

„Ich bin ab nächstem Jahr arbeitslos“

Ich bin _____ Jahre alt

Mein Beruf/meine Qualifikation _____

Die Einrichtung in der ich arbeite _____

Ich bin dort beschäftigt seit _____

Diese Menschen habe ich bisher betreut/beraten:

_____ Anzahl oder Beispiel je nachdem

Sonstige Angaben zu meiner Person (z.B. Familienstand, ggf. Anzahl der Kinder):

Demo und Kundgebung

„Stoppt den hessischen Kahlschlag“ am 15. Oktober 2003 in Wiesbaden

Ablauf

- ab 12.30 Sammeln vor dem Hbf Wiesbaden
- ab 13.30 Beginn des Demozuges zum Luisenplatz
- ca. 14.15 Beginn der Kundgebung (Moderatorin)
- Kurzinterview mit drei Betroffenen
 - Hartmut Fritz, LAG Soziale Brennpunkte (5-7 Min.)
 - Barabara Akdeniz, LAG Hess. Frauenbüros (5-7 Min.)

Frauenchor

- Dr. Gern, Diakonisches Werk (5-7 Min.)
- Dr. Manderscheid, Caritasverband (5-7 Min.)

Großgruppenanimation

Hauptrede: Barbara Stolterfoht, Bundesvorsitzende
Parität (12-15 Min)

Bläserensemble Wiesbaden

- Stefan Körzell, DGB Hessen (5-7 Min.)

Verabschiedung durch Moderation

Samba-Gruppe

- ca. 16.15 Ende der Kundgebung

Friedrich?

Platz in Kopf/444

Wichtige Hinweise zur Demonstration am 15. Oktober 2003 in Wiesbaden

„Hessen bleibt sozial - Stoppt den hessischen Kahlschlag“

Ganz Hessen mobilisiert für die Demonstration am 15. Oktober. Wir erhalten vielfältige Rückmeldungen und freuen uns über Eure/Ihre Aktivitäten.

Damit die Demonstration gut vorbereitet werden kann und der Tag auch gut abläuft, geben wir Euch/Ihnen folgende Informationen:

- **Der Kundgebungsplatz hat sich verändert:**
Wir können uns um 14.00 Uhr nicht auf dem Dernschen Gelände versammeln, sondern die Kundgebung findet nun auf dem Luisenplatz statt.
Dies ist aber nicht problematisch, da wir uns alle um 13.00 Uhr vor dem Hauptbahnhof versammeln und anschließend in einem Demonstrationzug zum Luisenplatz gehen.
- Wir empfehlen für die Anreise vor allem die Organisation von Bussen oder die Benutzung der Bahn.
- TeilnehmerInnen, die mit dem PKW anreisen, müssen in Wiesbaden Parkgebühren bezahlen.
- Benutzer der Bahn sind sofort am Treffpunkt der Demonstration (vor dem Hauptbahnhof)
- Busse müssen in Richtung Hauptbahnhof fahren und dort in die Gartenfeldstrasse einbiegen. Dort können die Demo-TeilnehmerInnen aussteigen. Die Busse fahren dann einige hundert Meter weiter zum Busparkplatz auf dem Schlachthofgelände.
- Die Busse werden von der Polizei oder von unseren Ordnern eingewiesen.
- Wir bitten, in den Bussen vorne und hinten an den Fenstern den Aufruf (möglichst DIN A 3) zu befestigen, damit die Busse von der Polizei und den Ordnern sofort identifiziert werden können.
- Damit wir vorab in etwa abschätzen können, wie viele Busse und TeilnehmerInnen nach Wiesbaden kommen, bitten wir die beigefügte Anmeldung an uns zu mailen oder zu faxen.
- Wenn eine Gruppe etwas Phantasievolleres während der Demo machen will, dann bitten wir um Mitteilung und Absprache.
- Aktuelle Informationen findet Ihr/finden Sie im Internet unter www.hessen-kahlschlag.de. Die Internetseite wird täglich aktualisiert.

Noch eine Bemerkung zum Schluß:

Wir alle wollen durch eine gewaltfreie Demonstration der Landesregierung deutlich machen, dass wir den hessischen Kahlschlag nicht akzeptieren wollen.

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION



Hessen bleibt sozial
Stoppt den hessischen

Kahlschlag!

Mittwoch, 15. Okt. 2003 in Wiesbaden

Treffpunkt: 13 Uhr vor dem Hauptbahnhof

Demonstration zur Kundgebung

Kundgebung: 14-16 Uhr auf dem Dernschen Gelände,
Nähe Hessischer Landtag

Das Bündnis »Soziale Gerechtigkeit in Hessen«, dem Wohlfahrtsverbände, kirchliche Institutionen, Gewerkschaften und Initiativen angehören, setzt sich gemeinsam mit vielen weiteren hessischen Organisationen gegen die geplante

Operation »sozialer Kahlschlag« der hessischen Landesregierung zur Wehr.

Wir wehren uns gegen die Kürzung des Sozialhaushaltes um 30 Millionen Euro. Diese Kürzung zerschlägt die gewachsene soziale

Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern in Hessen. Dies trifft uns alle, wenn wir Einrichtungen und soziale Dienste brauchen.

Wir fordern die Rücknahme der skandalösen »Sparpläne«. Hessen bleibt sozial!

**Kommen Sie zur Demonstration!
Phantasievolle Beteiligung ist ausdrücklich erwünscht!**

Veranstalter: Bündnis »Soziale Gerechtigkeit in Hessen«.
Weitere Informationen zur Veranstaltung bei und v.i.S.d.P.:
Dr. Karl Koch, Caritasverband für die Diözese Limburg, Graupfortstr. 5, 65549 Limburg/Lahn,
Tel. 06431/997310, Fax. 06431/997108, E-Mail: Karl.Koch@dicv-limburg.de
Informationen außerdem über die Internet-Seite: www.hessen-kahlschlag.de



FRAUEN HELFEN FRAUEN e.V.
Autonomes Frauenhaus Frankfurt/M.
Postfach 56 02 35 • 60407 Frankfurt/M.
Tel. 0 61 01/4 83 11 • Tel. 0 69/57 30 55
Fax 0 61 01/46 04 • Fax 069/ 57 00 00 90
e-mail: frauenhaus-ffm@t-online.de

Operation un- sichere Zukunft

Kürzungen für autonomes Frauenhaus in Frankfurt müssen zurückgenommen werden

Mit der sogenannten „Operation sichere Zukunft“ sollen **€ 50.000,-- des Landeszuschusses für ein Frauenhaus des Vereins Frauen helfen Frauen in Frankfurt gekürzt werden.** Dieser Einschnitt entspricht den Kosten für mehr als eine Personalstelle. Darüber hinaus werden acht Frauenhäuser in Hessen gar keine Unterstützung von der Landesregierung mehr zu erwarten haben. Hier wird von Seiten des Landes ein **Kahlschlag** betrieben, der sich auf das gesamte Hilfsangebot **für misshandelte Frauen und ihre Kinder** auswirkt. Die Infrastruktur in der Stadt Frankfurt würde sich erheblich verschlechtern: In diesem Jahr sind in Frankfurt schon 26 Plätze für misshandelte Frauen und ihre Kinder weggefallen. Dem Trägerverein der anderen Frauenhäuser in Frankfurt wurden ebenfalls erhebliche Kürzungen angekündigt. Dabei ist die Nachfrage nach Frauenhausplätzen gerade im Rhein-Main-Gebiet - insbesondere in Frankfurt - sehr hoch. Besonders gravierend sind die Landeskürzungen, da bei einer ganzen Reihe von sozialen Institutionen der Rotstift angesetzt wurde, die für uns wichtige Kooperationspartner sind.

Hier soll ein soziales Netz zerstört werden mit fatalen Folgen:

- der Druck auf die Kapazitäten bei den vorhandenen Frauenhausplätzen wird sich erhöhen,
- der Fortbestand der Arbeit im bisherigen Umfang ist gefährdet,
- Kooperationspartner werden wegfallen,
- die Qualität der Arbeit wird darunter leiden.

*aus
Tag
erreichbar*

06131/

Auf Nr 33 1020

Gerade in den vergangenen Jahren hat sich im Rahmen von Gewaltschutzgesetz und polizeilicher Wegweisung eine konstruktive Zusammenarbeit mit Polizei, Gerichten, Anwaltschaft und anderen sozialen Institutionen entwickelt. Gerade die Landesregierung hat davon profitiert. Fehlen die Ressourcen ist diese Zusammenarbeit in Frage gestellt.

*FDP
sucht
noch*

Die Folgen der Kürzungen sind die bestehende Struktur aus Frauenhäusern und Beratungsstellen und damit Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen im Hilfesystem bei häuslicher Gewalt zu zerstören.

Wir fordern die hessische Landesregierung auf die Streichungen zurückzunehmen und damit das weitere Bestehen und die Qualität der Arbeit mit misshandelten Frauen und ihren Kindern zu erhalten.



Sparen schafft neue Armut

Stoppt den hessischen

Kahlschlag!

Es ist Zeit, dass wir uns quer stellen! Die hessische Landesregierung plant

- dramatische Kürzungen bis hin zum Wegfall jeglicher Mittel für soziale und beschäftigungspolitische Einrichtungen und Initiativen,
- die Einführung von Studiengebühren,
- die Einkommen von Beamtinnen und Beamten zu kürzen, ihre Arbeitszeit zu verlängern und Stellen zu streichen – als nächste sollen die Arbeiter und Angestellten geschröpft werden,
- die Mitbestimmung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter abzubauen.

Die Landesregierung will damit den Landeshaushalt sanieren. Leidtragende sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Mitarbeiter/innen sozialer Einrichtungen, Studierende und weitere Bürgerinnen und Bürger, vor allem Frauen und Mädchen, Arbeitslose, Behinderte, Obdachlose, Drogenkranke, Hochverschuldete.

- Statt die Arbeitslosigkeit zu verringern, werden bis zu 15.400 Arbeitsplätze durch diese Maßnahmen vernichtet.
- Statt das soziale Netz zu stärken und auszubauen, wird es in weiten Bereichen brutal zerschlagen.
- Statt Bildungschancen zu verbessern, werden die Arbeitsbedingungen im Bildungswesen weiter verschlechtert, Qualität abgebaut und die soziale Auslese verschärft.
- Statt bürgernaher Verwaltung wird sich das Dienstleistungsangebot der öffentlichen Verwaltung verschlechtern.
- Statt mehr Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, fällt es Feuerwehr, Polizei und Justizvollzug immer schwerer, die Sicherheitsstandards aufrecht zu erhalten.

„Tag der Verweigerung“

Dienstag, 18. November 2003

in Wiesbaden

Treffpunkte ab 11:00 Uhr:

**Schlachthof – Luisenplatz – Elsässer Platz
Beginn der Demonstrationen „5 nach 12“ zur**

Kundgebung

**ab 13:00 Uhr „Jetzt schlägt's 13“
auf dem Schlossplatz / Dernschen Gelände**



Dieser Aufruf wird unterstützt vom Bündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ (Wohlfahrtsverbände, kirchliche Institutionen, Gewerkschaften und Initiativen), der Initiative der hessischen ASten für ein gebührenfreies Studium